

Verantwortl. Redakteur: J. B. D. Köhler in Stettin.  
Verleger: M. Gieseler in Stettin, Schloßplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich.

Anzeigen: die Zeitschrift über deren Namen im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Wochenblatt 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Schloßplatz 9 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Otto Thiele, Eberhard W. Thiem, Greibwald G. Illies, Halle a. S. J. B. Barck & Co., Hamburg, Heinr. Eisler, Joh. Kooftaar, A. Steiner, William Wilkens, Kopenhagen, Ang. J. Wolff & Co.

## Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 7. November.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Bötticher, von Dörschlag, Freiherr von Marschall, königlich sächsischer Generalstaatsanwalt Helm, Herrmann u. A.

Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Beratung der Novelle zum Sozialistengesetz.

Abg. v. D. d. e. n. (Welle): In den politischen Kreisen, zu denen ich gehöre, steht man dem Gesetzentwurf zum größten Theile antipathisch gegenüber, weil man dadurch den Rechtschutz gefährdet glaubt. Wir erklären uns nicht etwa antipathisch für die Sozialdemokratie gegen das Gesetz, denn Niemand kann ein schärferer Gegner der Sozialdemokratie sein, als wir, sondern deswegen, weil wir darin einen Ausbruch des Geistes, des Alles nivellirenden Geistes der Staatskompetenz erblicken. Auch wir wollen den revolutionären Geist der Auswüchse der Sozialdemokratie bekämpfen, glauben aber nicht, daß es dazu notwendig ist, ein Ausnahmengesetz zu einem dauernden zu machen. Der Erlaß des Sozialistengesetzes war kein glücklicher Schritt, und wir halten die Aufhebung desselben für eingingen notwendig, zumal wir der Ansicht sind, daß das gemeine Recht der Regierung die notwendigen Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in ausreichender Weise an die Hand giebt. Wenn die Regierung darauf verzichtet, die soziale Frage auf friedlichem Wege zu lösen, so stellt sie sich ein Unmuthigengestirn auf, denn man darf dabei nicht übersehen, daß die Sozialdemokratie nicht bloß in Deutschland, sondern in allen Kulturstaaten vorhanden ist, und die Gewalt ist in Folge dessen sehr übel angebracht. Die gute Wirkung des Sozialistengesetzes beruht meiner Ansicht nach auf einer Fiktion, und es wäre daher wünschenswert, wenn man dahin gelangte, dasselbe aufzuheben. Bemühen wir uns, die Sozialdemokratie auf dem Wege des Rechts und der Freiheit zu bekämpfen, und ich rufe Ihnen zu: Nürstet wir Gott, aber nicht das Schwertgeheim der Sozialdemokratie.

Abg. K. n. l. e. m. a. n. n. (Nat.-Lib.): Ich kann von mehreren Rednern erhobenen Behauptung nicht beitreten, daß in dem Standpunkt der Regierung in so fern ein Widerspruch liegt, indem sie sagt, das Gesetz habe die beabsichtigte Wirkung gehabt und dennoch dazu kommt, verschiedene Bestimmungen des Gesetzes aufzuheben zu können. Ich kann mit dem besten Willen einen Widerspruch darin nicht finden. Wenn die Freisinnigen meinen, das Sozialistengesetz sei der Ausdruck der Furcht und widerspreche dem Anspruchs: Wir Deutsche fürchten Gott und sonst Niemand, so ist das ein vollkommen falscher Standpunkt; die Herren vertreten immer noch den alten abgelebten Standpunkt, daß man Alles gehen lassen solle, wie es will. Man kann übrigens sehr wohl ohne Furcht sein, braucht doch aber deswegen nicht auf all und jede Schutzmaßregel zu verzichten. Alle Versuche, das gemeine Recht, das Strafrecht entsprechend abzuändern, sind gescheitert und zwar daran, daß man eben nicht regressiv, sondern präventiv vorgehen muß; das Strafrecht verlangt den objektiven und den subjektiven Thatbestand, also den dolus, hier dagegen liegt die Gefahr schon in dem objektiven Thatbestand. Die Abänderung des gemeinen Rechts ist also eine prinzipielle Unmöglichkeit. Will Jemand auf euch schauen, so werde ich mich doch nicht mit dem Gedanken begnügen, daß der Thäter nachher bestraft wird. Die Gemeingefährlichkeit und Neigung zur Gewalt auf Seiten der Sozialdemokraten ist nicht abzuleugnen, hat man doch gesagt, man werde die Abgeordneten, welche für ein derartiges Gesetz stimmen, persönlich verantwortlich machen. (Widerstand links.) Zwischen Sozialdemokraten und Nationalisten besteht kein so großer Unterschied, als man hier aufstellen will, denn wenn einer unzufrieden ist, geht er zu den Sozialdemokraten, und ist er sehr unzufrieden, so wird er Anarchist. (Abg. F. o. b. m. e. r. s. t. Altherrheit!) Der friedliche Bürger muß gegen derartige Umfunktionsbestrebungen geschützt werden. Die bisherige Auslegung des Gesetzes ist nicht die richtige gewesen und es muß eine Aenderung eintreten. Man muß unterscheiden zwischen den berechtigten Bestrebungen der Arbeiter und den sozialdemokratischen Zielen. Die Masse des Volkes fähmt sich sehr wenig um den Staat, denn Sie ihr versprechen, sie will Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen. Ich bin der Meinung, daß, wenn der Staat die Förderung dieser Bestrebungen eintreten läßt, wird dem Gebahren der Sozialdemokratie mit Ruhe entgegengehen können. Der Staat muß diese Aufgabe übernehmen, er wird mit Nothwendigkeit zur Sozialreform getrieben. Der heutige Staat braucht deshalb nicht ängstlich zu sein; dem Organisationsbedürfnis des vierten Standes muß Rechnung getragen werden. Das vorgelegte Gesetz trägt den Charakter eines Spezialgesetzes und wir haben die Aufgabe, dasselbe so zu gestalten, daß dasselbe den von mir entwickelten Grundgedanken entspricht. (Bravo bei den Nationalisten.)

Abg. D. e. b. e. l. (Sozial.): Wer der Rede des Abgeordneten Kulemann aufmerksam gefolgt ist, der wird zugeben, daß sie sich in ihrem ersten und zweiten Theile vollständig widerspricht, daß der zweite Theil den ersten vollständig aufhebt. Was bleiben den Sozialdemokraten nach Herrn Kulemann noch für Rechte? Keiner! Er hat in dem zweiten Theile seiner Rede eine ganz wunderbare, mir aber völlig unverständliche nationalökonomische Theorie entwickelt, von der man nicht weiß, was er damit wollte. Wenn der Abg. Kulemann uns vorgeworfen hat, daß wir das Wort „gesetzlich“ aus unserm Programm gestrichen hätten, so hat dies darin seinen Grund, daß das Sozialistengesetz, entgegen den offiziellen Versicherungen, in einer Weise gegen uns angewendet wird, daß uns gar kein Recht mehr bleibt, daß daher Alles, was wir vornehmen, ungesetzlich ist. Wir haben durch die Streichung des Wortes „gesetzlich“ daher nur den thätlichen Verhältnissen Rechnung getragen. Das Sozialistengesetz hat allerdings einige Wirkung gehabt; es sind 14-1500 Druckstrichen verboten, große Vermögenssummen ruiniert und eine große Zahl von Gefängnissen verurtheilt. Insofern hat das Gesetz seine Schuldigkeit gethan. Dagegen ist die Partei der Sozialdemokratie durch das Gesetz um mindestens 140 Prozent vermehrt, die Opferwilligkeit der Parteigenossen ist derart angefeuert worden, daß Herr von Hellborn

dieselbe im vorigen Jahre den anderen Parteien als Muster hinstellte. Das ist, weil unsere Partei ein Ideal hat, dem sie nachstrebt. Die Sozialdemokratie ist eine geistige Macht, welche naturgemäß aus der Gestaltung der jetzigen Staatsorganisation hervorgegangen ist. Und diese geistige Macht wollen Sie mit einem Ausnahmengesetz bekämpfen? In der Begründung der bestimmten Proklamierung vom Jahre 1863 wurden dieselben Bestrebungen mit Strafe bedroht, welche gegenwärtig für die Verlängerung des Sozialistengesetzes geltend gemacht werden. Wenn solche historische Erinnerungen erwachen, so sollte einem doch der Gedanke nahe treten, ob man denn auf dem richtigen Wege sei. Nach den Ausführungen einzelner Redner kann ja schon der Tadel irgend einer Regierungs-Maßregel als Staatsgefährlich und unsittlich angesehen werden, ja es hat ja vor einigen Jahren der Abg. Graf Bechler die Forderung einer progressiven Einkommensteuer als eine kommunistische Forderung bezeichnet. Wenn uns gestern vorgehalten worden, wir dürften nicht im Namen der arbeitenden Bevölkerung sprechen, da wir nur eine Minderheit derselben vertreten, so erwäre ich darauf, daß der Abg. Kulemann gewiß zu seinem großen Leidwesen auch nur eine kleine Minderheit des deutschen Volkes vertritt. Wir vertreten den selbstbewußten, politisch gebildeten, besonnenen Theil der Arbeiter und Sie wollen nicht, daß der Arbeiter angeklagt werde. Vor einigen Jahren hat Professor von Treitschke einen Aufsatz über die Freiheit veröffentlicht, worin er Aufzeichnungen niedrige, die wir Wort für Wort unterschreiben. Herr v. Mahlagh erklärte bei Beratung des Sozialistengesetzes: Wir brauchen ein schnelles, aber kurzes Gesetz. Nun, das schnelle Gesetz haben wir, dasselbe soll aber jetzt auf ungewisse Zeit verlängert werden. Was Herr v. Mahlagh seiner Zeit über die Wirkungen dieses Gesetzes aussprach, die Befürchtungen, die er vertrat, sie sind vollständig eingetroffen; ein Prinzip, nach welchem die Handhabung des Sozialistengesetzes in Deutschland geregelt wird, ist nicht vorhanden. Es herrscht dabei vollständige Willkür, wie die Gründe beweisen, auf Grund deren in den verschiedenen Orten Deutschlands die Versammlungen aufgelöst wurden. Werden Versammlungen und von den höheren Behörden gestattet, so wird den Wirthen unter die Hand gegeben, daß sie uns ihre Rechte nicht geben dürfen. Glauben Sie denn nicht, daß eine solche Kampfesweise die Masse der Bevölkerung vollständig erbittert? Man ist überzeugt, daß man unterdrückt werden solle, man erhebt in Hunderten von Fällen keine Beschwerde, weil man weiß, daß dieselbe nichts hilft. In Sachsen verweigert man den Arbeitern, sogar gegen Beschäftigung, die Mittheilung von Gründen, um die Beschwerden zu verhindern. Ich habe eine Statistik aufzeichnen lassen, aus welcher sich ergibt, daß seit dem 1. September in Deutschland 350 Versammlungen aufgelöst worden sind. In Berlin ist ja seit einiger Zeit eine mildere Praxis eingetreten; wer klagt aber, wie lange dies dauert, wenn wir z. B. wieder einen Minister v. Puttkamer und dessen Bruder Puttkamer-Blau erhalten? (Weiterer.) Der preussische Minister des Innern erlaubt eine bestimmte Versammlung, der bayerische Minister verbietet eine ganz gleiche Versammlung, es beweist dies, daß bei der Auslegung des Gesetzes lediglich die individuelle Anschauung der Beamten maßgebend ist. Die Ausweisungen haben der Regierung nichts genutzt, aber die fortwährenden Verfolgungen haben die energischen Agitatoren für die Sozialdemokratie vermehrt. Die Regierungen erklären, die Ausweisungen nicht müssen zu können und doch wird aus Berlin seit drei Jahren prinzipiell Niemand mehr ausgewiesen. Der eigentliche Zweck des § 28 ist die persönliche Rache, man will die Person treffen und die Existenz vernichten. Daß das Sozialistengesetz korumpirend wirkt, das hat selbst die „National-Zeitung“ vor einiger Zeit anerkannt. Redner geht alsdann in ausführlicher Weise auf die Prozeßführung gegen die Sozialisten, namentlich gegen ihn selbst und auf das dabei beobachtete Verfahren ein, welches er durch verschiedene Beispiele näher erläutert. Wenn man aber, so fährt er fort, den Gedanken hat, die höchste Entscheidung in die Hände des Reichsgerichts zu legen, so kann ich Sie nur aufgeben davon warnen, denn es würde dadurch das Reichsgewissen in deutschen Volk erheblich erschüttert werden. Es ist das Volksgewissen während dieser Diskussion mehrfach erörtert worden und wenn auch der preussische Minister des Innern dasselbe niemals unterstützen wird, so kann er doch nicht leugnen, daß das Volksgewissen durch das Sozialistengesetz geschädigt worden ist. Was in der politischen Polizei vorgeht, das weiß der Herr Minister des Innern nicht, denn diese gehört nicht zu seinen Ressort. Alle die sogenannten Attentatsgeschichten, welche seitens der politischen Polizei in neuer Zeit zu Tage gefördert wurden, sind erdichtet, die politische Polizei spielt mit solchen Dingen und man muß sich daher fragen, ob denn das gemeine Recht gar keine Mittel an die Hand giebt, solchen Verhältnissen entgegen zu treten. Ungeduldet, als in diesem Falle, ist noch niemals ein Gesetz begründet worden. Die einzelnen Staaten haben das Recht, Vereine, Versammlungen aufzulösen und zu verbieten und nun kommen Sie und wollen eine geistige Macht, eine Partei, die eine Kulturbewegung repräsentiert, mit Ausnahme-Maßregeln bekämpfen. Wenn irgend etwas, so kann dieses Gesetz dazu beitragen, die Sozialdemokratie auf den Weg des Unmuths zu nöthigen. Die Diskussion wird nunmehr geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Darauf verliest sich das Haus.  
Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.  
Tagesordnung: Erste Lesung des Vankgeses.

## Deutschland.

Berlin, 7. November. Die Begrüßungsbegehren, welche der Kaiser Wilhelm dem Reichskanzler aus Athen, von den Dardanellen und aus Konstantinopel gelaßt hat, deren Wortlaut in die Deffinitivität gelangt ist, haben in einzelnen Blättern eine sehr gekünstelte Auslegung gefunden; ein demokratisches Blatt hat sogar sich zu der Erklärung verstanden, daß durch die Veröffentlichung der Welt der Schluss nahegelegt werden soll, daß der reisende Monarch nicht mit politischen Dingen beschäftigt sei. Diese Auslegung ist so naiv komisch, daß wir sie wenigstens hier verzeichnen wollen. Sie wird aber im Uebrigen die Welt nicht davon abhalten, aus diesen telegraphischen Grüßen die große persönliche Hingebung und Verehrung unseres jugendfrischen Kaisers zu seinem vertrauten Rathgeber herauszulesen, eine Hingebung und Verehrung, die angesichts der gewaltigen Naturwunderbrücke von neuem einen überaus lebenswichtigen Ausdruck gefunden hat. Es ist ja auch von früheren Gelegenheiten wohl bekannt, wie sehr sowohl der alte wie der jetzige Kaiser jederzeit darauf Bedacht genommen haben, bei besonderen Anlässen die Männer, die ihre vertrauten Rathgeber waren, auszuzeichnen und ihnen so vollste Vertrauen und großen Dank auszusprechen. Bei dem letzten Kaisermandat in Hannover hat der Kaiser seinem besonderen Wohlwollen für den General Graf Waldersee wiederholt in feinsinniger Weise Ausdruck gegeben: er erklärte sich nicht bloß zum Chef des 13. Infanterie-Regiments, das einst Graf Waldersee als Regiments-Kommandeur geführt hatte und dessen Uniform derselbe wiederum trägt, seitdem er bei seiner Ernennung zum Chef des Generalstabes der Armee à la suite desselben gestellt wurde; er benannte auch eine der Vertheilungsschlangen nach dem obersten militärischen Berater. Der Kaiser hatte den Befehl über das 10. Armeekorps übernommen; dasselbe wurde vom Weiskorps hart bedrängt, und um die Vertheilungsschlange zu verstärken, ließ der Kaiser über Nacht drei Schlangen aufwerfen; der mittlere verließ er den Namen „König“, der zur Linken den Namen „Hannover“, der zur Rechten den Namen „Graf Waldersee“.

Wie ein Vorkaiser Blatt meldet, ist der deutsche Militär-Attache in Bulgarien, Hauptmann Müller, vom Kaiser Wilhelm nach Konstantinopel berufen und dort in Audienz empfangen worden.

Wie man hört, ist das Sanjaregentent 12. in Aussicht genommen, die Gar-nison in Saarburg im Elsaß, wo bereits die 7. Infanterie, ein Kavallerie-Regiment zu verstärken. Zunächst müssen aber dort noch die erforderlichen Kasernen, deren Kosten im nachfolgenden Etat eingestellt sind, bewilligt werden.

Der Oberbefehlshaber der italienischen Truppen in Massowah, General Baldissera, wird, in Folge seiner ausgezeichneten Gesundheit und speziell wegen eines Augenleidens, das er sich in dem heißen afrikanischen Klima zugezogen hat, sein Kommando niederlegen und im Laufe des Monats Dezember durch General Drejo ersetzt werden.

Grünberg, 6. November. Die Kartellpartei des Freistaats Grünberger Wahlkreises stellen den Fürsten zu Carlsbad-Deutzen wiederum als gemeinsamen Kandidaten auf.

Hamburg, 6. November. Die Bildung der Hamburger Gesellschaft für die Zwecke der Dampferlinie nach Afrika wird die ohnehin günstigen Ansichten Hamburgs als Ausgangspunkt vernehmen. Die Zweiglinie nach Athen, welche den Wettbewerb Bremens voraussetzt, bietet viele Schwierigkeiten, neben anderen wegen der Postverbindung. Auch in den Kreisen des Bundesrats werden Hamburg die meisten Stimmen zugewiesen. Wie wichtig übrigens die Verbindungen mit Afrika für den deutschen Handel sind, geht aus daraus hervor, daß die Einfuhr aus Westafrika im Vorjahr 15 Millionen Mark betrug und sich jetzt der Verkehr mit Afrika bald erheblich steigern wird.

Darmstadt, 6. November. Wie der „Tägl. Anzeiger“ aus zuverlässiger Quelle vernimmt, ist die Gräfin Gartenau, die Gattin des vormaligen Fürsten Alexander von Bulgarien, bei ihrer Entbindung gestorben.

## Belgien.

Brüssel, 5. November. Deutsche und englische Blätter veröffentlichten die Nachricht, daß die belgische Regierung beabsichtigt, bei der afrikanischen Konferenz einen Vorschlag einzubringen, demzufolge von sämtlichen Mächten, welche in den Kongostaat eingedrungen sind, ein Eingangsgeß von 5 Prozent erhoben werden dürfte; das Erträgnis dieses Geßes sollte für die direkte Maßregel zur Unterdrückung der Sklaverei verwendet werden. Diese Nachricht wird in belgischen politischen Kreisen als vollständig unrichtig bezeichnet. Jedoch erzählt die „Independence“ von ihrem Londoner Berichterstatter, daß die englische Regierung einen Entwurf einbringen wird, welcher alle europäischen Staaten, die in Afrika Besitzungen haben, zur Erhebung eines bedeutenden Eingangsgeßes auf Spirituosen und nöthigenfalls zur Einführung einer weiteren Steuer für den Verkauf geistiger Getränke ermächtigt. Die englische Regierung geht nämlich von der Ueberzeugung aus, daß der Alkoholismus mit seinen gefährlichen Wirkungen eines der mächtigsten Hilfsmittel der arabischen Sklavensänger sei, und daß darum der Spirituosenhandel und die durch denselben angerichteten Verheerungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eingeschränkt werden müsse. Der Vorschlag der englischen Regierung würde demnach auf eine Revision der durchs freihändlerischen Bestimmungen des Berliner Kongresses hinauslaufen. Zur Klarstellung der von zahlreichen Blättern gebrachten Meldungen, daß der Sultan von Sanibab, der Khebe von Egypten, der Schah von Persien und andere außereuropäische Souveräne Vertreter zur Brüsseler Konferenz senden würden, sei hier nochmals bemerkt, daß nur die Vertreter derjenigen Mächte zur Theilnahme an der Konferenz zugelassen werden, welche bereits bei der Berliner Konferenz selbstig waren. Die Vertreter aller anderen Mächte können höchstens als Zeugen an den Kommissionsberatungen theilnehmen.

Unter den Hafenarbeitern von Antwerpen ist ein partieller Streik ausgebrochen. Umgeß 800 Arbeiter verließen am Nachmittag um 5 Uhr, eine Stunde vor Schluß der gewöhnlichen Arbeitszeit, die Docks und hielten am Kanal der Biez - Vloot ein Meeting unter freiem Himmel. Hierauf durchzogen die Streikenden, ohne jedoch irgend welche Aufregung zu veranlassen, mehrere Stadtviertel. Der Ausbruch dieses Streikes wurde schon seit mehreren Tagen vorhergesehen, denn die Arbeiter hatten zahlreiche geheime Versammlungen abgehalten, in welchen sozialistische Persönlichkeiten, die bereits bei dem Londoner und Rotterdammer Streik sich als Wähler herorgethan hatten und welche seit

einigen Wochen unter den Antwerpener Hafenarbeitern aufgetaucht sind, zum Beginn des Streikes aufforderten. Den Anlaß für die Arbeitseinstellung liefert, wie auf der am Freitag Tagtehabten Versammlung der sozialistischen Arbeitervereinigungen auseinandergesetzt wurde, der Umstand, daß die Arbeitszeit im Sommer und Winter gleichmäßig bis 6 Uhr Abends dauern soll, während früher nur im Sommer bis 6 Uhr, im Winter dagegen bis 5 Uhr gearbeitet wurde. Die Arbeiter verlangen für diese Stunde angelichene Mehrarbeit eine besondere Vergütung, welche aber von den Dock-Gesellschaften mit der Begründung verweigert wird, daß der Lohn im Sommer und Winter sich gleich bleibe, folglich also auch die Arbeitszeit die nämliche sein müsse. Die streikenden Arbeiter gehören ausschließlich den sozialistischen Kreisen an; die Polizei wird wahrscheinlich die ausländischen Wähler aus der Stadt verweisen und damit dürfte die Bewegung beigelegt sein. Bestimmtes läßt sich heute noch nicht vorhersehen, weil am Sonntag auf sämtlichen Docks die Arbeit eingestellt wird; es sind jedoch an verschiedenen Orten Arbeiterversammlungen statt. In den Hafenvierteln durchziehen starke Polizei- und Gendarmepatrouillen die Straßen, außerdem stehen mehrere Regimenter aus Anlaß des Bergamaststreikes beständig unter den Waffen, so daß für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in hinreichender Weise gesorgt ist.

Der Streik in den Kohlenbistriten ist noch nicht beendet, entgegen der optimistischen Auf-fassungswiese mehrerer Blätter. In der Vor-nahme hat sich allerdings die Zahl der Streiken-ben bis auf 4000 verringert, auch kam es auf dem Meiring von Wasmes, wo die sozialistischen Redner Marolle und Jauwain sprachen, zu keinem Gefechts, sondern die Redner stellten es den einzelnen Gefechtsantheilern, nach eigenem Ermessen zu handeln, jedoch stets im Auge zu behalten, daß es sich bei der ganzen Bewegung nicht einzig und allein um Lohnverhöhung, sondern ebensoviele um Erlösung des allgemeinen Stimmrechtes handle. Während jedoch in der Vor-nahme der Streik — am gestrigen Tage wenigstens — im Abnehmen begriffen ist, haben die Arbeiter vom Zentrum auf einem gestern in La Louviere veranstalteten Meeting den Ausbruch des Streikes auf Montag angesetzt. Auch in den übrigen Kohlenbistriten, mit Ausnahme desjenigen von Charleroi, ist der Streik überall im Zunehmen begriffen. Die Deputation der sozialisti-schen Föderation der Vor-nahme wurde gestern durch den Gouverneur des Hennegau telegraphisch benachrichtigt, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten de Bruyn sie am Sonntag Vormittag in Audienz empfangen wolle, vorausgesetzt, daß die Delegierten, wie ihnen vor wenigen Tagen vom Gouverneur mitgeteilt worden war, sich durch ausreichende Schriftstücke als wirkliche Vertreter des größten Theiles der streikenden Arbeiter ausweisen können. In Donsin, wo sämtliche Berg-werke leer stehen, haben die vereinigten Ge-sellschaften eine Lohnverhöhung von 10 Prozent an-geboten, aber die Arbeiter verbarren bei ihrer For-derung von 20 Prozent und verlangen außerdem noch Verminderung der Arbeitszeit. Von der gesamten belgischen Presse — mit Ausnahme der sozialistischen Organe — wird das Vergehen der radikalen „Reform“ zu Gunsten der sozia-listischen Bewegung stark getadelt; bekanntlich hat die „Reform“ den von der Gesellschaft Levan-tinu durch Verlesung ihrer Bücher geführten Nachweis, daß sie im Verlaufe der letzten zwei Jahre über 25 Prozent Lohnverhöhung gewährt habe, als gefälscht bezeichnet. Die Arbeiter von Levan-tinu sind jedoch von dem Ausweise be-friedigt und haben ohne Ausnahme die Arbeit wieder aufgenommen.

Großbritannien und Irland. Von dem Empfang des Prinzen von Wales in Kairo hat sich, wie sich herausstellt, nicht nur der französische Ministerresident, son-der auch die gesamte französische Kolonie in aufregender und, so behauptet wenigstens der Lon-doner „Daily Tel.“, in geradezu herausfordernder Weise verhalten. Der „Daily Tel.“ ist es, der deshalb den Angriff auf die französische Po-litik in Egypten begonnen hat. Auf der ganzen Linie der offiziellen französischen Presse ist der Hauptstoß aufgenommen worden und der Wort-faß ist ziemlich heftig entbrannt. Dem „Journ. des Deb.“ treten insbesondere die „Liberte“ und die „Patrie“ zur Seite. Die „Liberte“ erklärt trogig, das Fernbleiben der französischen Kolonie in Kairo sei aus politischen Gründen erfolgt und die Schuld treffe allein diejenigen, welche dem Besuche des englischen Thronfolgers in Egypten die Bedeutung der Verdrängung eines englischen Kolonialstaates durch den künftigen Herrscher hätten geben wollen; denn die Franzosen be-trachteten das Niland nicht als britische Kolonie, sondern noch heute als einen unantastbaren Be-sitzthum des osmanischen Reiches. Die gestern Abend in Paris ausgegebene „Patrie“ veröffent-licht einen Artikel, welcher den Ausführungen des „Journ. des Deb.“ entspricht. Die „Patrie“ sagt, die Franzosen in Kairo hätten sich nicht durch ihre Gegenwart Anhebungen anschließen wollen, die dem Anschein nach einer thätlich-lichen Lage, welche nichts anderes sei als eine dreite Verletzung des internationalen Rechtes, eine offizielle Weiße erteilt hätten.

Serbien. Belgrad, 6. November. Die Antwort des Handelsministers auf die Interpellation wegen unbefugter Verpachtung der Postämter wurde, da bei der gestrigen Klüßigung sämt-liche Minister eintraten und einen neuen Ver-schluß des Kunds veranlassen, in der heutigen Stundungsausschuss zur Kenntnis genommen. In der gestrigen Klüßigung war auch der Kriegs-minister Gegenstand heftiger Angriffe, welche, da der Minister kein ausgesprochener Parteimann ist, fortgesetzt werden dürften. Seine Stellung ist demnach nicht gefährdet, da der Minister das Vertrauen der Regentchaft genießt.

Belgrad, 6. November. Durch Ver-mittelung des Jaren, welcher ein eigenhändi-ges Schreiben an die Königin Natalie richtete, ist ein friedlicher Ausgleich in den Beziehungen zwischen Milan und Natalie zu Stande ge-kommen und dürfte die Dierherkunft Milans hier-mit in Zusammenhang stehen.

Rumänien. Bulgare, 6. November. In Folge einer Ueberfüllung des rumänischen Manufakturmarktes

im Verein mit der, durch die Pariser Weltaus-stellung eingetretenen Schwächung des Verbrauchs und der Zahlungsfähigkeit der einheimischen Kundschaft, ist eine Krisis in der Manufaktur-branche eingetreten. Die Aufhebungen nehmen in De-jorsgnis erregender Weise zu.

## Türkei.

Aus Konstantinopel wurden gestern neben den Besprechungen des Kaisers mit dem Sultan Konferenzen zwischen Graf Herbert Bis-mard und dem auswärtigen Minister Said Pascha gemeldet. Diejenigen, die genau wissen, was der Jar mit dem Fürsten Bismard in Berlin, was Fürst Bismard mit dem Grafen Kalnoky in Friedrichsruh verhandelte, werden auch natürlich alsbald angeben können, welches Ergebnis die diplomatischen Besprechungen in Konstantinopel hatten. Denn durch alle drei zieht sich jedenfalls dieselbe Grundidee. Wir begnügen uns mit den Aufschlüssen der Thronrede, welche die Aufrechterhaltung des Friedens auf Grund der europäischen Verträge als Zielpunkt der Politik Deutschlands und damit auch des Friedensbundes bezeichnet. Ob die Kraft und Staatskunst Europas hinreicht, um das in Bulgarien ver-letzte Vertragsrecht in irgend einer Weise zu-jahren, das ist allerdings die Frage, die alle voraussetzenden Geister in Europa interessiert. Bis jetzt haben stets die Stenographen Recht be-halten. Der Wiener Korrespondent der „Times“, eine allerdings wenig zuverlässige Quelle, meldet:

„Es scheint, daß (mit Bezug auf Bulgarien) England einen neuen Vorschlag gemacht hat oder zu machen im Begriffe ist, und die deutsche Presse hat begonnen, Österreich für Schritte des Kaisers Wilhelm in Konstantinopel zur Unter-stützung der russischen Aktion vorzubereiten.“ Des Weiteren berichtet derselbe Korrespondent, daß Graf Kalnoky dem russischen Vorschläger, Fürsten Lobanow, vor seiner Abreise nach Friedrichsruh in einer Unterhaltung gesagt haben soll, daß, da Österreich-Ungarn sich jetzt in Bulgarien herrschenden Zustände nicht verant-wortlich ist, es nichts auf dem Wege des An-erbietens von Zugeständnissen thun könne. Es habe thatsächlich keine Konzeptionen zu machen. Österreich-Ungarn habe nicht Pläne geschmiedet, um Einfluß in Bulgarien zu erlangen, und nie im Wege Russlands gestanden, dabeist seinen Einfluß durch legitime Mittel wieder zu ge-winnen; andererseits aber sei es nicht Öster-reichs Sache, sich in die inneren Angelegenheiten des Fürstenthums zu mischen, um eine Lösung der bulgarischen Frage ausschließlich in Ueber-einstimmung mit den Forderungen Russlands her-beizuführen.“

Die „Times“ selbst schließt ihre Betracht-ungen wie folgt: „Deutschland wird darauf abzielen, des Sul-tans jegiges Vertrauen zu seiner allgemeinen Politik zu bestätigen, ihn und seine Rathgeber von der Wichtigkeit zu überzeugen, welche jene Ruhe, die Deutschlands erstes Interesse und Ziel ist, für die Türkei hat, und eine solche Kon-struktion der administrativen Maschine der Tür-kei zu fördern, die die Fähigkeit des osmanischen Reiches, sich selbst zu vertheidigen, ver-mehrt, und im Nothfalle die Elemente zu stüt-zen, die die europäische Ordnung begünstigen. Mehr als dies scheint es gegenwärtig nicht rath-sam für Deutschland zu verlangen oder möglich für die Türkei zu gewahren.“

Der „Standard“ liebt es, der Politik des Fürsten Bismard einen Machiavellismus anzu-geben, für den er noch stets den Beweis schuldig geblieben ist.

Fürst Bismard wird zweifellos Alexan-der III. versichert haben, daß Deutschland dem Frieden vermählt ist, mit Russland auf dem freundschaftlichen Fuße zu sein wünscht und gerne dem Jaren gewisse Zugeständnisse auf der Bal-kan-Halbinsel machen würde, wenn Österreich veranlaßt werden kann, sie zu genehmigen. Die Bereitwilligkeit Deutschlands zu solchen Zugeständnissen basiert wahrscheinlich gänzlich auf der Kenntniss, daß Österreich ihnen nicht zustimmen kann und will, und so hat Bismard wieder eine vorzügliche Gelegenheit, sich höchst zuverkom-mend gegen Russland um einen geringen Preis zu ze-igen. Der Jar füllte sich gewiß geschmeichelt davon. Aber wenn einflussreiche russische Organe hoffen, daß der Besuch des Jaren Bismard ver-anlassen wird, neuerdings zu trachten, Kalnoky ge-willt zu machen, Russland eine freie Hand in Bulgarien zu lassen, so müssen wir sie als die Betrogenen ihrer eigenen Wünsche an-sehen.

Uebergend auf den Besuch des deutschen Kai-sers in Konstantinopel meint der „Standard“, daß diejenigen, die ein formelles Abkommen zwischen Deutschland und der Türkei davon erwarten, sich täuschen, aber deutscher Einfluß ist seit einiger Zeit bedeutend im Palast des Sultans und bei der Pforte gewachsen und wird durch die jetzigen Ereignisse nicht vermindert werden. Die Türkei wird sicherlich besser durch den Besuch sein, der gerade abgefaßt wird, wo Griechenland ein wei-teres Stück von der Türkei verlangt. Die Ge-gewinnart des deutschen Kaisers braucht nicht als Billigung aller Methoden türkischer Verwaltung angesehen zu werden, aber sie hätte nicht statt-finden können, wenn alle verbreiteten Erzählun-gen türkischer Grausamkeiten in Kreta durch Thatfachen gerechtfertigt wären.

## Afrika.

Dem „Temps“ wird aus Sansibar vom 6. November, Morgens 8 Uhr, gemeldet: „Die Deutschen wurden in Saadani durch ausläubische Eingeborene angegriffen. Truppen wurden ausgeschickt.“ (Eine Befestigung dieser Nachricht liegt bis jetzt nicht vor.)

Es sind natürlich nur Gründe der Gerechtigkeit und des Kampfes gegen die Sklavenshändler, welche den britischen Konül für Mozambique, Johnston, bewegen, dem portugiesischen Major Cerpa Pinto am Schiffe ein Halt im Namen Englands zu-zurufen und die dortigen Stämme sofort unter eng-lischen Schutz zu stellen. Cerpa Pinto stand dort mit 750 Jungs, die er von Natal eingeführt hatte, um die Matololos zu bekämpfen. Die Ma-tololos gehörten zu der Vegetation Livingston's; er hatte sie im Innern Afrikas angeworben und ließ sie 1864 am Schiffe zurück, weil sie in ihre Heimath nicht zurückkehren wollten. Sie sollen sich dort im Kampfe gegen die Sklaven-shändler große Verdienste erworben haben; daher rechnete Johnston es dem Cerpa Pinto als Ver-bredhen an, wilde Jungs dort einzuführen und die Gerechtigkeit zu vernichten. Er versammelte



Sal der Städt	9,75 B	Engl. Banknoten	20,25 B
ereignis		Franz. Banknoten	20,75 B
anche der Städt	16,30 B	Oesterr. Banknoten	17,75 B
rs	9,1825 B	Russ. Noten	212,00 B







